

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Abend), 27. November 2019 / Mercredi soir, 27 novembre 2019

Erziehungsdirektion / Direction de l'instruction publique

35 2019.ERZ.57 Kreditgeschäft GR
Kantonsbeiträge an private Gymnasien (Freies Gymnasium Bern) (Campus Muristalden AG) (NMS Bern). Objektkredit 2020–2023. Ausgabenbewilligung

35 2019.ERZ.57 Affaire de crédit GC
Octroi de subventions cantonales à des gymnases privés (Freies Gymnasium Bern, Campus Muristalden AG, NMS Bern). Crédit d'objet 2020-2023. Autorisation de dépenses

Präsident. Tagesordnungspunkt 35: Kantonsbeiträge an private Gymnasien. Der Kommissionsprecher hat das Wort, wenn ihn bitte noch jemand in die Rednerliste einloggt.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Kommissionssprecher der BiK. Ich halte die Kommissionserklärung zu den Kantonsbeiträgen an die privaten Gymnasien. Es geht um einen Objektkredit 2020–2023. Bei diesem Geschäft geht es um drei Schulen, die für ihre gymnasialen Ausbildungsgänge Staatsbeiträge erhalten. Es sind drei private Schulen, die sich im Gegenzug auch bereit erklären, die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton zu unterschreiben. Natürlich gibt es noch weitere private Schulen, die eine gymnasiale Ausbildung anbieten. Diese haben aber keinen Antrag gestellt, beziehungsweise wären wohl auch nicht bereit, die betreffende Leistungsvereinbarung zu unterzeichnen. Das Kostendach der Staatsbeiträge für die drei Schulen während den vier Jahren beträgt 39,606 Mio. Franken. Gekoppelt an die Beiträge sind Leistungsvereinbarungen mit den Schulen, die über dieselbe Zeitdauer abgeschlossen sind. Das Kostendach kann sehr transparent nachvollzogen werden, die Basis liefert der Vortrag zum Geschäft.

Die letzten Staatsbeiträge wurden hier im Rat im September 2015 für die Periode 01.01.2016–31.12.2019 beschlossen. Das heisst, dass dieser hier zu diskutierende Objektkredit schon in ein paar Tagen zur Anwendung kommt. Schon diese Tatsache löst einen nicht unwesentlichen Druck aus, diesen Objektkredit gutzuheissen. Doch in der Kommission haben wir dieses Geschäft trotzdem oder gerade deswegen eingehend diskutiert. Wir konnten festhalten, dass es sehr wichtig ist, dass es neben den öffentlichen Gymnasien auch Nischenangebote gibt, die gewissen Schülerinnen und Schülern besser auf den Leib geschrieben sind. Weiter konnten wir nicht abschliessend beurteilen, ob es zwischen all diesen Gymnasien Qualitätsunterschiede gibt und warum ein weiterer privater Player auf diese Beiträge verzichtet und doch überleben oder gut überleben kann.

Die Kommission wird sich nun gewissen Fragen annehmen, brachte aber ganz klar zum Ausdruck, dass ein kurzfristiger Systemwechsel nicht angebracht ist. Die Kommission stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu und beantragt dem Rat, dieser Empfehlung zu folgen.

Präsident. Ich gebe den Fraktionssprechenden das Wort. Als Erstes für die SP-JUSO-PSA: Daniel Wildhaber.

Daniel Wildhaber, Rubigen (SP). Die Fraktion SP-JUSO-PSA hat zu diesem Kreditgeschäft ein buntes Abstimmungsverhalten. Der pädagogische Wert der drei privaten Gymnasien wird von uns nicht infrage gestellt. Hingegen ergeben sich für die Mehrheit sozioökonomische Ungerechtigkeiten. Nicht alle Familien können sich diese Schulen für ihre Kinder leisten. Einige Frauen und Männer der Fraktion nehmen das Kreditgeschäft an, eine Mehrheit wird es ablehnen, und es wird auch ein paar Enthaltungen geben.

Peter Salzmann, Mülchi (SVP). Auch die SVP-Fraktion stimmt diesem Kredit zu. Der Beitrag ist bei uns weitgehend unbestritten. Die Leistungen der drei Schulen sind anerkannt, da sie ja auch die öffentliche Hand entlasten und zur Qualität der gymnasialen Ausbildung beitragen.

Eine Anmerkung habe ich gleichwohl. An den kantonalen Gymnasien stehen grössere Investitionen an. Da die Berechnung des Beitrags an die privaten Gymnasien von den Kosten abhängig ist, die durch die kantonalen Gymnasien entstehen, würde automatisch auch der Beitrag an die privaten Gymnasien beim nächsten Kredit ansteigen. Diesen Umstand sollte man bei einer zukünftigen Berechnung einbeziehen. Mit dem bestehenden Berechnungsmechanismus würden sich die Mehrausgaben bei den privaten Gymnasien auswirken. Diese Anmerkung betrifft nicht den aktuellen Kredit, sondern ist einfach als Hinweis gedacht, dass man diesen Punkt in Zukunft im Auge behalten soll, oder die Investitionen von diesem Betrag abkoppelt.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Die grünliberale Fraktion unterstützt die Beiträge an die drei privaten Gymnasien einstimmig. Wir wissen, dass diese Unterstützungen da und dort umstritten sind – durchaus auch mit guten Argumenten. Wir halten aber fest, dass eine allfällige Grundsatzdiskussion dieser Art unseres Erachtens hier und heute fehl am Platz ist, Stichwort: Treu und Glaube. Sie müsste in einem anderen Rahmen separat geführt werden.

Wir geben noch Folgendes zu bedenken: Unabhängig von der Grundsatzfrage ist sehr zweifelhaft, dass der Kanton ohne diese Beiträge viel sparen könnte. Viele Schülerinnen und Schüler würden an öffentliche Gymnasien wechseln, bei denen der Kanton alle Kosten tragen muss. Hinzu kämen noch mögliche Neuinvestitionen in Schulraum. Zumindest finanzpolitisch gibt es wenige Argumente für ein Nein. Wir weisen noch darauf hin – dies hat auch der Kommissionssprecher bereits völlig zu Recht getan –, dass keineswegs alle Privatschulen im Kanton Bern diese Subvention überhaupt wollen und beantragen. Das liegt einfach daran, dass die kantonalen Bedingungen relativ restriktiv sind, besonders bezüglich Transparenz, gerade auch bezüglich Transparenz bei den Finanzen. Das ist auch richtig so. Die glp-Fraktion empfiehlt dem Rat ein Ja.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Ich mache es kurz; vieles wurde gesagt und das Geschäft wurde hervorragend vorgestellt. Die Grünen unterstützen den Objektkredit für die drei Schulen einstimmig. Die drei Schulen sind wichtige Bildungsangebote im Kanton, die das bestehende Angebot ergänzen. Und: Sie entlasten den Kanton, was natürlich sehr wichtig ist. Wenn es diese Schulen nicht gäbe, wäre die Bildungslandschaft im Kanton um einiges ärmer. Ebenfalls sehen wir keinen Sinn und Zweck, hier eine Grundsatzdebatte zu führen. Eine solche müsste an einem anderen Ort stattfinden.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Ich habe dem, was ich schon vorhin gesagt habe, nichts beizufügen. Doch wir von der FDP fühlen uns wirklich auch verpflichtet. Wir haben heute schon ganz viel Geld gesprochen, und dass wir uns auch bewusst sind, dass wir dort ... Wir sagen immer, wir wollen auch sparen. Wir wollen nicht explizit bei der Bildung sparen, aber hinschauen. Hinschauen ist unser Job. Das ist auch der Job innerhalb der Fraktion. Noch einmal: Wir sind uns aber bewusst, dass das System nicht einfach geändert werden kann. Das wollen wir auch nicht. Aber wir wollen uns die Überlegung machen, ob das Setting noch stimmt. Wir werden an diesem Punkt dranbleiben. Die FDP wird aber den Objektkredit genehmigen.

Präsident. (*Grossrätin Linder teilt dem Präsidenten mit, dass sie das Wort nochmals wünscht. / Mme la députée Linder informe le président qu'elle souhaite à nouveau prendre la parole.*) Ja, Frau Linder? Sie haben etwas vergessen, nehme ich an.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Ich habe etwas ganz Wichtiges zuhanden des Protokolls vergessen: meine Interessenbindung. Ich bin Direktionsmitglied der NMS. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Präsident. Es gibt keine weiteren Fraktionsmeldungen mehr, dann gebe ich Regierungsrätin Christine Häslar das Wort.

Christine Häslar, Erziehungsdirektorin. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit dem vorliegenden Geschäft die Kantonsbeiträge für die privaten Gymnasien «Freies Gymnasium Bern», «Muristalden» und «NMS» für die nächsten vier Jahren. Die drei Schulen erhalten schon seit mehreren Jahren Staatsbeiträge, früher als Seminare und, seit der Umwandlung der Seminare in Gymnasien, gestützt auf die Mittelschulgesetzgebung. Seit 2009 stützt sich der Staatsbeitrag auf die Kosten der kantonalen Schulen und soll auch dafür zu sorgen, dass es dabei eine Gleichheit gibt. Der Staatsbeitrag beträgt pro Schülerin oder Schüler 60 Prozent der entsprechenden durchschnittlichen

kantonalen Kosten. Dass sich die Festlegung der Subventionen an den kantonalen Kosten orientiert, hat sich bewährt, und dieses bewährte System soll auch im neuen Kredit beibehalten werden. Nach den finanziellen Bemerkungen nun noch etwas aus bildungspolitischer Sicht. Der Kanton Bern will möglichst viele Jugendliche zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II führen. Neben der Berufsbildung, die im Kanton Bern ganz wichtig ist, ist dabei eben auch der gymnasiale Bildungsgang ein ganz wichtiger Teil. Von den jährlich knapp 1900 gymnasialen Maturandinnen und Maturanden im Kanton Bern stammen etwa 160 – also etwas weniger als 10 Prozent – aus den privaten, subventionierten Gymnasien. Man sieht auch schon an dieser Anzahl, dass es doch ein stattlicher Anteil ist, den die privaten Gymnasien an diese Arbeit leisten, und die wir leisten wollen, wenn es darum geht, Jugendlichen zu einem Abschluss und damit zu einer Zukunft in unserer Gesellschaft und im Arbeitsmarkt zu verhelfen.

Diese Schulen – das zeigen sie mit diesen Zahlen – leisten damit eben einen wichtigen Anteil an unserer Bildung der Jugendlichen, die wir zu einem Abschluss auf Sekundarstufe II führen wollen, so viele wie möglich. Wir sind bei über 95 Prozent und stehen damit schweizweit sehr gut da. Aber das wollen wir auch bleiben. Deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie hier auch diesem Objektkredit zustimmen und wir damit unser bewährtes System weiterführen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung zu diesem Kreditgeschäft. Wer den Antrag annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.57)

Vote (2019.ERZ.57)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 124

Nein / Non 7

Enthalten / Abstentions 8

Präsident. Sie haben den Kredit angenommen, mit 124 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen.